



CHRISTIAN THIEL

Mauerkünstler Wagin, Maueröffnung am 9. November 1989 an der Bornholmer Straße, Erinnerungsbeauftragter Klemke: Das Einzige, was die

ERINNERUNGSKULTUR

Keine Spur von Diktatur

Am 9. November 2009 wird es genau 20 Jahre her sein, dass in Berlin die Mauer fiel, aber im Zentrum der Hauptstadt gibt es bis heute keinen Ort, der an die DDR und die friedliche Revolution erinnert. Zufall oder politische Absicht? Von Jan Fleischhauer

Es ist nicht viel übrig geblieben. 155 Kilometer lang war die Berliner Mauer, im Zentrum verlief sie genau zwischen Reichstag und Brandenburger Tor, vier Meter ragte sie hier hoch, dazu kamen Kontrollstreifen, Kolonnenweg, Signalzaun, aber alles, was im Regierungsviertel noch steht, sind diese 58 Betonteile am Rande der Spree.

Man sieht sie kaum. Links ist das Haus der Bundespressekonferenz, rechts die Bibliothek des Abgeordnetenhauses. Bis auf das Grundstück mit den Mauerstücken wurde das ganze Gelände aufgeschüttet, um den Bau der Tiefgaragen zu erleichtern, nun liegt es so tief, dass kein Ortskundiger auf die Idee käme, dass hier noch die Mauer steht. Ein Schild weist darauf hin, aber es ist zu klein, um aufzufallen.

An einem Dienstag im Oktober hockt der Künstler Ben Wagin vor den Mauerresten und rupft Unkraut aus dem Boden. „Gutes Gemüse“, sagt er. Der Wind streicht durch Sonnenblumen, sein Telefon klingelt. Er hat 30000 Blumenzwiebeln bestellt, die noch in die Erde müssen.

Dies ist sein Denkmal, er hat es vor dem Abriss bewahrt. Das Land gehört dem Staat, aber die Mauer darauf hat Wagin dem letzten DDR-Grenzkommandeur ab-

geschwätzt, sie ist jetzt sein Eigentum. Alles andere haben sie noch vor der Wiedervereinigung auf Laster geladen und zu Straßenbelag verarbeitet. Er kommt zweimal die Woche, um nach dem Rechten zu sehen. Er zupft Unkraut und setzt Blumen, manchmal steht er einfach nur da und lauscht dem Rauschen der Blätter.

Er kämpft jetzt seit 20 Jahren um dieses Grundstück. Es soll etwas bleiben, was an die DDR erinnert und den Tod an ihrer Grenze. Am Anfang, bevor der Bundestag nach Berlin kam, zog sich das Mauerdenkmal bis zum Ende der Straße, ein weithin sichtbares Symbol der gerade überwundenen Teilung. Wagin pflanzte Erlen, Buchen und Ginkgo und nannte das ganze „Parlament der Bäume“. Die Bäume ließ er sich von Politikern spenden. Dann kamen die Bagger, um Platz für die Abgeordnetenbauten zu machen. Ein paar Mauerteile verschwanden im Untergeschoss der neuen Bibliothek, die anderen ließ die Bundestagsverwaltung versteigern.

Wagin würde jetzt gern wenigstens die Betonstücke unter Denkmalschutz stellen lassen, die ihm geblieben sind, dann wären sie sicher, doch der Bundestag will sein Mauergelände unbedingt als Erweiterungsfläche behalten. So könnte es passieren,

dass auch noch der Rest verschwindet. Es ist eigenartig: Im kommenden Jahr wird es genau 20 Jahre her sein, dass in Berlin die Mauer fiel, aber in der ganzen Stadt erinnert nichts an den Volksaufstand vom Herbst 1989, der die DDR zum Westen öffnete, das Politbüro zur Abdankung zwang und das Land in die Wiedervereinigung führte.

Es gibt keinen zentralen Gedenkort für die erste geglückte Revolution in Deutschland, es gibt keinen Platz, es gibt nicht mal eine Straße. Die Republik hat viele Straßen, die nach Wilhelm Pieck oder Ernst Thälmann heißen, aber nicht eine, die nach den Helden von 1989 benannt ist.

Auch an das Schreckensregime davor gibt es keine öffentliche Erinnerung, jedenfalls nicht im Zentrum der Hauptstadt. Im engeren Umkreis des Brandenburger Tors wird der Opfer der ersten deutschen Diktatur gedacht, der ermordeten Juden, der verfolgten Homosexuellen und demnächst auch der Sinti und Roma.

Aber nirgendwo dort gibt es einen Ort, der das Gedenken an die mehr als tausend Opfer wachhalten soll, die beim Versuch, die deutsch-deutsche Grenze zu überwinden, ums Leben kamen. Was es gibt, sind Privatinitiativen, ungelenke Versuche Einzelner, mit Kreuzen und Kerzen an die



Touristen gezeigt bekommen, ist ein Steinband in der Straße

Opfer der zweiten deutschen Diktatur zu erinnern. Man stößt eher zufällig auf sie beim Gang durch die Stadt.

Es ist nicht so, dass sich niemand interessieren würde für die jüngere Vergangenheit. In der Besucherstatistik rangiert das Mauermuseum am Checkpoint Charlie auf Platz zwei hinter dem berühmten Pergamon-Museum. Aber es ist ebenfalls privat, und die Mauer, die dem Museum den Namen gab, lässt sich nur im Film betrachten.

Die Touristen am Brandenburger Tor fragen alle nach der Mauer. Das Einzige, was sie gezeigt bekommen, ist ein Steinband in der Straße, das den alten Grenzverlauf markiert. Sie stehen ratlos davor und versuchen sich vorzustellen, wie es wohl ausgesehen hat, als Deutschland in zwei Teile zerfiel und Soldaten auf Wachtürmen mit der Maschinenpistole im Anschlag lagen, um jeden abzuknallen, der vom Osten in den Westen wollte.

Die Frage ist also, warum gibt es so wenig zu sehen, was an die DDR-Diktatur erinnert? Was hindert die Verantwortlichen, die Schrecken des SED-Regimes anschaulich zu machen?

Ein Abend in Zossen, 40 Kilometer vor Berlin. Hubertus Knabe, Direktor der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen, stellt in der Stadtbibliothek sein Buch „Die Täter sind unter uns“ vor. Etwa 30 Zuhörer sind gekommen, es ist schwer einzuschätzen, was sie erwarten. Manchmal gibt es Ärger, wenn Knabe auftritt, sein Buch richtet sich gegen das „Schönreden der SED-Diktatur“, das gefällt nicht allen.

Knabe berichtet von seiner Arbeit in der Gedenkstätte. Seit 2000 leitet er das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis, ganz im Nordosten Berlins; 20 000 Häftlinge saßen dort ein, es ist einer der wenigen

Erinnerungsorte, die komplett erhalten geblieben sind. Den ganzen Tag über gibt es Führungen durch den Zellentrakt, die Verhörzimmer, in denen die Gefangenen bearbeitet wurden, die Gummizellen im Keller. 200 000 Besucher waren vergangenes Jahr da, darunter viele Schulklassen. Einige der Kinder haben verweinte Augen, wenn sie wieder herauskommen.

„Es ist eine ziemlich unerfreuliche Arbeitsstelle“, sagt Knabe, „es ist auch ein ziemlich unerfreuliches Thema, aber es ist notwendig, dass wir uns damit beschäftigen. Erst wenn die kommunistische Diktatur den Deutschen so präsent ist wie das Verbrechenregime der Nationalsozialisten, ist die Aufarbeitung gelungen.“ Er macht eine Pause und sieht kurz ins Publikum, aber es bleibt ruhig. Viele der Zuhörer hier haben selbst unter der Stasi gelitten, wie sich herausstellt, sie stehen auf seiner Seite. Sie wollen das jetzt hören.

Knabe ist ein schlanker Mann mit blonden, in die Stirn wippenden Haaren und dunklen, von langen Schreibnächten umschatteten Augen. Er hat sich eine gedehnte Sprache mit langen Pausen zwischen den Sätzen angewöhnt, das gibt seinen Auftritten etwas Pastorales, aber es macht sie auch sehr eindringlich. Bevor er die Stelle in Hohenschönhausen antrat, war er jahrelang in der Forschungsabteilung der Gauck-Behörde. Ihn hat nie die stille Fußnotenarbeit interessiert, er hat Geschichtsaufarbeitung immer politisch verstanden. Das hat ihn umstritten gemacht. Er wurde schon früh zu einer Anlaufstelle für die Opferverbände, aber in Teilen des Ostens auch zu einer Hassfigur.

In vielen Ostmedien ist er einfach nur der „Stasi-Jäger“, und das ist nicht positiv gemeint. Neulich stand eine lange Geschichte

in der „Berliner Zeitung“, die ihn als skrupellosen Eiferer darstellte, der sich aus Geltungssucht in irrwitzigen Privatkriegen verzettelt. Das Blatt musste einen Monat später eine große Gegendarstellung drucken. Dann kam heraus, dass der verantwortliche Redakteur als Student Spitzel für die Stasi war.

Knabe ist davon überzeugt, dass eine geistige Koalition linker Politiker, Geschichtswissenschaftler und Vergangenheitsverklärer an der Rehabilitation der DDR arbeitet. Sie wollen die Bilder von Mauer und Stacheldraht durch die Erinnerung an Jugendweihe, Ampelmännchen und Haloren-Kugeln ersetzen. Deshalb soll auch alles weg, was an den Stasi-Terror erinnert, oder möglichst wenig sichtbar sein. Die Verklärer, sagt er, gewinnen langsam die Oberhand.

Die Gedenkstätte wird vom Bund gefördert, damit ist die Existenz gesichert, aber es gibt laufend Probleme mit dem Bezirk, in dem die Linkspartei das Sagen hat. Es hat Jahre gedauert, bis die Schilder hingen, die den Weg zu der etwas versteckt liegenden Gedenkstätte weisen. Über vier Schautafeln außerhalb der Gefängnismauer, auf denen Besucher etwas über die Geschichte des ehemaligen Sperrgebiets erfahren sollen, wurde so lange gestritten, bis sich die Presse einschaltete.

Auch die Täter trauen sich wieder heraus. Sie schreiben Rechtfertigungsbücher und halten Vorträge. Eine Zeitlang tauchten sie sogar bei Führungen auf. Sie stellten sich neben die ehemaligen Häftlinge, die in Hohenschönhausen die Besuchergruppen leiten, und machten böse Anmerkungen. „Unsinn!“, riefen sie, wenn die Rede auf die brutalen Verhörmethoden kam, oder „Lüge!“

Manche sagen, Knabe sehe Gespenster, sei ein Provokateur und betreibe eine



Leipziger Montagsdemonstration (1989), Gedenkstätten-Direktor Knabe: *Es haben sich zwei geschichtspolitische Lager gebildet*

suggestive Dämonisierung der DDR. Wichtig sei eine differenzierte Betrachtung. Knabe verweist auf die Geschichten der Opfer und die Aktenberge mit den Berichten über das staatlich verabreichte Gift des Misstrauens, des Verrats. Er hält zu viel Differenzierung bei der Aufklärung über Unrechtsregime für falsch, das führt dazu, dass er sich schnell angreifbar macht.

Es haben sich zwei geschichtspolitische Lager gebildet: auf der einen Seite die Historiker, die eine Aufarbeitung der SED-Diktatur in den antitotalitären Konsens der Bundesrepublik integrieren wollen, der bislang dem NS-Gedenken vorbehalten war. Sie leugnen nicht die Unterschiede zwischen den Systemen, aber sie finden, es sei an der Zeit, dass mit dem SED-Staat härter ins Gericht gegangen wird. Dagegen stehen die Wissenschaftler und Politiker, für die der verbrecherische Charakter der DDR nicht so eindeutig ist, jedenfalls wenn man ihn an der Nazi-Zeit misst. Sie wollen auch das Alltagsleben dargestellt sehen, die Normalität in der Diktatur.

Lange hat sich der Kampf hinter den Kulissen abgespielt, in Expertenkommissionen und Historikergremien. Beim Streit um das Gedenkstättenkonzept des Bundes ist er zum ersten Mal offen zutage getreten. Plötzlich wurde darüber debattiert, wie schrecklich die DDR war und ob es Nachholbedarf bei der Aufarbeitung gäbe.

Der erste Gedenkstättenentwurf wurde von Kulturstaatsminister Bernd Neumann zurückgewiesen, weil er ihn zu DDR-unkritisch fand. In einer überarbeiteten Variante war dann forsch von den „beiden totalitären Systemen in Deutschland“ die Rede, eine unzulässige Gleichsetzung, wie sofort der Vorwurf der Gegenseite lautete. Nun sind die beiden Regime wieder säuberlich geschieden, und die NS-Gedenkstätten nehmen, wie zu Beginn der Debat-

te, einen deutlich größeren Platz ein als die DDR-Gedenkort.

Aber ist damit auch der Sache gedient? Ein Sonntagmorgen Anfang Oktober. Die Linkspartei hat in die Bezirksstelle nach Berlin-Lichtenberg zu einem ihrer „Sonntagsgespräche“ geladen. Lichtenberg ist Kerngebiet der Partei, sie kommt hier auf fast 40 Prozent der Stimmen. Der Andrang ist so groß, dass ein Nebenraum geöffnet werden muss.

Es gab schon im Vorwege einigen Rummel. Knabe hatte gegen den Auftritt protestiert, weil Werner Großmann an diesem Morgen reden soll, der letzte Chef der Hauptverwaltung Aufklärung und damit der ranghöchste noch lebende Stasi-General. Die Bezirksvorsitzende der Linken,

Man trifft immer das gleiche Milieu, rosigwangige Rentner, die für Kuba sammeln.

Gesine Löttsch, erklärte darauf, sie wünsche sich „eine neue Sachlichkeit im Umgang mit der DDR-Geschichte“.

Nun ist Großmann krankheitshalber verhindert, dafür sitzen die Stasi-Offiziere Klaus Eichner und Gotthold Schramm vorn, der eine ist Sprecher des „Insiderkomitees zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS“, also des Ministeriums für Staatssicherheit, der andere Vorstandsmitglied der „Gesellschaft zur Rechten und Humanitären Unterstützung“. Die beiden Vereine sind die wichtigsten Sammlungsorganisationen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter.

„Guten Morgen, Genossinnen, guten Morgen, Genossen“, sagt Eichner und strafft sich. Er hat ein Buch über die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) dabei, das er zusammen mit Schramm herausgegeben hat. Es geht darum, dass der BND ein Auffangbecken für alte Nazis und Kriegsverbrecher gewesen sei. Alles sei

nachprüfbar, alles belegt, sagt der Oberst, tausend Quellennachweise hätten sie.

An dieser Stelle übernimmt Schramm und lobt die vorbildlich antifaschistische Haltung der Gründungsväter der Staatssicherheit. Es ist irgendwie klar, dass sich die DDR wehren musste gegen die Gefahr aus dem Westen. Dann geraten die Dinge etwas durcheinander, nun ist plötzlich die Bundesrepublik eine Nachfolgeorganisation des NS-Regimes, und die ganze Staatspitze bestand aus überzeugten Nationalsozialisten. „Dass es so schlimm war, hätte ich nicht gedacht“, entfährt es einer Frau in der zweiten Reihe.

Hinten stehen ein paar ehemalige Stasi-Opfer. Sie klatschen besonders laut Beifall, um das MfS-Lob zu übertönen, und rufen „Jawoll“, aber sie haben keine Chance. Es geht einfach so weiter. Eichner berichtet stolz, dass er auf seinem Schreibtisch eine Statue des Sowjet-Geheimdienst-Gründers Felix Dserschinski stehen habe. Dserschinskis Denkmal vor der Lubjanka in Moskau war eines der ersten, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion umgestürzt wurde. Zum Leugnen des Schießbefehls ist es jetzt nur ein kleiner Schritt.

Es fällt schwer, nicht an systematische Verklärung zu glauben, wenn man ein paar dieser Veranstaltungen besucht hat. In Rostock hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung kurz zuvor einen ehemaligen Abteilungsleiter des Zentralkomitees der SED zu Gast, der vorrechnete, warum der Westen dem Osten noch 3,5 Billionen Euro schuldet. Man trifft auch immer das gleiche Milieu, rosigwangige Rentner, die sich mit Genosse anreden und für Kuba sammeln, dazu ein paar junge Nachwuchskader. Am Ende ist es möglicherweise eben doch kein Zufall, wenn in einer Stadt, in der die Linkspartei ein Drittel der Senatorenposten besetzt, kaum noch etwas an das Grenzregime erinnert.

Eine naheliegende Vermutung, sagt Rainer Klemke, aber ganz falsch. Klemke ist in der Senatskanzlei für alles zuständig, was

mit Gedenken zu tun hat, er ist seit 13 Jahren so etwas wie der oberste Erinnerungsbeauftragte Berlins.

Klemke präsentiert eine einleuchtende Erklärung, warum nur noch so wenig Mauer steht: Nach der Öffnung habe sich die Stadt befreien wollen von der Last der Vergangenheit und natürlich dem größten Symbol der Teilung. Das meiste hätten die DDR-Grenztruppen weggeschafft, und was noch übrig war, habe der Senat von Berlin niederreißen lassen. „Der Senat wollte die neue Stadt bauen, und deshalb musste alles weg, was störte. Ganz besonders störte die Mauer, sie stand überall im Weg.“

Hinter Klemke hängt eine Karte der Bernauer Straße. 150 Meter Mauer sind hier im Wedding noch erhalten, weil eine kleine Bürgerinitiative den Abriss verhinderte. Die Bernauer Straße ist Teil des „dezentralen Gedenkstättenkonzepts“, das der Senat verabschiedet hat, sie soll nun zum nationalen Gedenkort für die Mauertoten werden. Klemke ist stolz auf das Konzept, auch wenn die „dezentrale“ Lage zur Folge hat, dass niemand so leicht hinfindet.

Man hat sich jetzt geeinigt: Es gibt neun Millionen Euro vom Bund und aus Brüssel, auch die Stadt tut etwas dazu, aber nun machen die Anwohner Probleme. An die Gedenkstätte grenzt der Friedhof der Sophiengemeinde im Osten, und die Kirchenmitglieder wollen keine Touristen, die zwischen den Gräbern herumlaufen, sie fürchten den Rummel und die Busse. Klemke hängt dauernd am Telefon, er muss das durchziehen, er kann sich keinen Verzug mehr leisten. Es gibt so viele Vermutungen wegen der Regierungsbeteiligung der Linkspartei, der Senat will Ruhe.

Knabe sagt, dass man Klemke nicht trauen könne. Dass er nur geschickter sei als andere. Aber vielleicht tut man ihm unrecht, vielleicht hat er sich immer bemüht und konnte sich nur nicht durchsetzen. Seit ein paar Monaten gibt es gegenüber dem Checkpoint Charlie sogar ein paar Stellwände mit der Geschichte des Kalten Kriegs. Klemke ist selbst überrascht vom Erfolg, manchmal sieht er Leute nachts mit der Taschenlampe dort stehen und lesen. Man sollte mehr tun, sagt er, schon wegen der Touristen.

Er hat auch Wagen versprochen, ihm dabei zu helfen, seinen Denkmalschutz zu bekommen. Die CDU-Vertreterin im Kulturausschuss ist schon gewonnen, jetzt muss noch Wolfgang Thierse von der SPD umgestimmt werden. Der Künstler hat Thierse schon mehrfach angesprochen, aber nie eine richtige Antwort erhalten.

Am 9. November will Wagen zwischen der Abgeordnetenbibliothek und seinem Mauergrundstück den Grenzverlauf mit Steinen markieren. Dann wird man wenigstens sehen können, wo seine Mauer mal stand, bevor die Bagger kamen.

Auch die Blumenzwiebeln sind in der Erde, es kann noch alles gut werden. ◆

wfr.



Amerika vor der Wahl.

Land der Extreme – bewundert und verachtet.
Seit hundert Jahren: Zocker an der Wall Street.
Siedler, Indianer, Sklaven – die Geschichte begann
mit blutigen Auseinandersetzungen.
Gott in der Neuen Welt: Warum Religion eine so große Rolle
in Politik und Gesellschaft spielt.

Jetzt in SPIEGEL SPECIAL GESCHICHTE.

Für 6,80 Euro im Handel.

Jetzt im Handel oder direkt bestellen:
Telefon 040/30 07-48 88 oder
www.spiegel.de/shop